

Modern Monetary Theory – eine Einführung

Warum dem Staat das Geld nicht ausgehen kann

Dirk Ehnts

Foto von Jason Leung auf Unsplash

Im Jahr 2007 brach die *sub-prime crisis* in den USA aus. In der Folge einer Immobilienblase kam zu einem Zusammenbruch der Kreditmärkte, erst im Zeitlu-pentempo und dann immer schneller. Als am 15. September 2008 die Investment Bank Lehman Brothers Bankrott anmeldete, wurde aus der Finanzkrise eine Wirtschaftskrise. Der Zusammenbruch der privaten Investitionen erzeugte Arbeitslosigkeit und einen Mangel an Nachfrage. Die produzierten Güter und Dienstleistungen konnten nicht alle verkauft werden, die Unternehmen entließen Arbeitnehmer*innen^[3]. Die Eurozone reagierte 2009 mit einem fiskalischen Stimulus, bevor sie 2010 zu einer staatlichen Kürzungspolitik (Austeritätspolitik) umschwenkte. Statt die europäischen Bürger*innen und ihre Regierungen durch zusätzliche Staatsausgaben zu retten wurden per Bail-out die Banken gerettet. Quantitative easing sorgte dafür, dass die Preise für Vermögenstitel hoch blieben und später dann dafür, dass die Regierungen nicht in Probleme mit ihrer Zahlungsfähigkeit kamen. Dieser Politikmix erzeugte Massenarbeitslosigkeit in den betroffenen Ländern, während in Deutschland die Staatsausgaben der Bundesregierung jedes Jahr stiegen. Die Beschäftigung nahm zu und ein Aufschwung setzte ein, der 2019 kurz vor der Pandemie ein wenig beachtetes Ende fand. Eine restriktive Wirtschaftspolitik gab es dabei nicht. Zu keiner Zeit war die Inflationsrate so hoch, dass die Europäische Zentralbank (EZB) meinte, eingreifen zu müssen.

Diese Zusammenhänge müssen erklärt werden, damit sich alle eine eigene Meinung bilden können. Warum sollten Leser*innen nicht einfach auf ein Lehrbuch der Makroökonomie zurückzugreifen? Schließlich sind dort grundlegende Zusammenhänge erklärt. Leider stellt dies keine Möglichkeit dar. Mit den Worten, die Albert Einstein in den Mund gelegt wurden: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Die Ökonomen wähten sich erfolgreich. Bei der Tagung der *American Economics Association*, dem Berufsverband der US-Ökonomen, hielt 2003 ihr Präsident Robert Lucas die *presidential address* und erwähnte nicht ohne Stolz, dass das „zentrale Problem der Vermeidung einer Depression in der Praxis gelöst wurde“^[4]. Widerspruch gab es nur von vereinzelt Ökonomen, von denen die meisten nicht der akademischen Welt angehörten.

Die globale Finanzkrise hat gezeigt, dass sich die Volkswirtschaftslehre der letzten Jahrzehnte in die falsche Richtung entwickelt hat. Die in den Zentralbanken verwendeten DSGE-Modelle versagten komplett in der Prognose und auch in der Bewältigung der Krise. Dass die Öffentlichkeit von diesen Modellen noch nie gehört hat, liegt wohl nicht zuletzt an diesen Problemen. Ökonom*innen mit Modellen, die auf Bilanzen und Bilanzbeziehungen basieren, waren hingegen sehr erfolgreich in der

Erklärung, wie der niederländische Ökonom Dirk Bezemer feststellte.^[3] Einer dieser neuen Ansätze ist die *Modern Monetary Theory*, die inzwischen mehr als 25 Jahre alt ist. Sie hat Vorfahren, die schon wesentlich älter sind und von der *MMT* wiederentdeckt wurden. Vorgänger wie Knut Wicksells *Geldzins und Güterpreise*^[4], Georg Friedrich Knapps *Staatliche Theorie des Geldes* (1905)^[5] oder auch der Artikel von Abba Lerner *Functional Finance and the Federal Debt* (1941)^[6] sind für uns Ideengeber, auf deren Schultern wir uns stellen.

Die Staatsfinanzierung



Die größte Erkenntnis der *MMT* betrifft die Sequenz der Staatsausgaben. Die meisten Menschen denken, dass der Staat unser Geld braucht und daher unsere Steuerzahlungen den Staat finanzieren. Kaum jemand stößt sich daran, dass unser modernes Geld chartalistisch ist, es also auf einer Proklamation beruht. Modernes Geld ist das, was wir für Zahlungen an den Staat verwenden. Die einzige Quelle dieses Geldes ist die Zentralbank, die ein Monopol auf die eigene Währung hat. Ihr kann weder das Geld ausgehen noch kann sie insolvent werden^[7]. Wenn aber der Staat mit seiner Zentralbank der einzige Schöpfer des Geldes ist, dann brauchen wir erst staatliches Geld, bevor wir Steuern zahlen können. Die Zentralbank hingegen kann als Schöpferin des Geldes ihre Ausgaben nicht finanzieren – sie bringt immer neues Geld ins Spiel.

In einem modernen Geldsystem zieht die Bundesregierung die Steuern in der Währung ein, welche die eigene Zentralbank in Umlauf bringt. Für die Zahlung von Steuern werden nur Bargeld und Zentralbankgeld akzeptiert – nicht Giralgeld. Für uns werden zwar durch Steuerzahlungen unsere Bankguthaben reduziert, aber der

3 Quelle: <http://mpr.a.u.b.uni-muenchen.de/15892/>

4 1898, Link: <http://digi.lib.uni-heidelberg.de/diglit/wicksell1898>

5 Link: <https://archive.org/details/staatlichetheoroonknapgoogj>

6 Link: <http://k.web.umkc.edu/keltons/Papers/501/functional%20ofinance.pdf>

7 Link: <https://www.reuters.com/article/us-ecb-policy-bonds-idUSKBN27Z12S>

1 Der Autor gendert in diesem Text durchweg mit Stern

2 Quelle: <http://pages.stern.nyu.edu/~dbackus/Taxes/Lucas%20priorities%20AER%2003.pdf>

Staat bekommt dafür kein Guthaben in gleicher Höhe bei unserer Bank sondern Zentralbankgeld. Dieser Prozess findet im Bankensystem hinter den Kulissen statt, im Zahlungssystem TARGET2, welches für uns als Bürger*innen nicht sichtbar ist. Keiner von uns hat ein Konto bei der Bundesbank und daher wissen wir nicht, was dort passiert. (Es kann sein, dass wir in Zukunft auch ein Konto bei der Bundesbank haben können, aber das ist noch nicht sicher.)

Wenn wir als Privatpersonen oder Unternehmen Geld auf dem Girokonto halten, dann erwarten wir, dass dieses eins zu eins in Bargeld umgetauscht werden kann. Die Banken versprechen also, dass ihr Buchgeld genauso viel wert ist wie Bargeld. Wenn dieses Versprechen gebrochen wird, sind die Kunden enttäuscht. Zuletzt ist dies in Zypern passiert, wo die Haushalte bei Guthaben ab € 100.000 an den Kosten der Insolvenz der Banken beteiligt wurden^[8]. In Deutschland sind die Einlagen durch einen Einlagensicherungsfonds gesichert, auf jeden Fall bis € 100.000 pro Privatperson^[9]. Seit Oktober 2008 steht allerdings auch die Politik im Wort, laut Merkel und Steinbrück sind unsere Spareinlagen sicher^[10].

Wenn man sich fragt, wie man Geld und Kredit überhaupt verstehen soll, dann gibt es unterschiedliche Sichtweisen. Entweder wir entwickeln ein abstraktes mathematisches Modell unter einer Vielzahl von Annahmen, oder wir schauen uns die Bilanzen der betroffenen Wirtschaftsakteure an. Während die Volkswirtschaftslehre meist den Weg über die Knappheit von Geld wählt und Angebot und Nachfrage analysiert, gehen wir an dieser Stelle einen anderen Weg. Geld und Kredit kann und wird in Bilanzen dargestellt werden. Bevor wir uns das genauer ansehen, gibt es noch ein paar einführende Erklärungen. Ziel ist es, das Prinzip einer Bilanz und der doppelten Buchführung rudimentär zu verstehen.

8 Link: <http://www.merkur.de/politik/zypern-rettung-sind-konsequenzen-sparer-banken-zr-2819844.html>

9 Link: <https://bankenverband.de/service/einlagensicherung/>

10 (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/merkel-und-steinbrueck-im-wortlaut-die-spareinlagen-sind-sicher-a-582305.html>)

Eine Bilanz zeigt Forderungen (+) und Verbindlichkeiten (-) zu einem Stichtag. Sie sieht ungefähr so aus:

AKTEUR	
Forderung	€ 500
Verbindl.	€ 200
Nettovermögen	
	€ 300

Hier hat ein Akteur eine Forderung gegenüber einem Dritten in Höhe von € 500 und eine Verbindlichkeit in Höhe von € 200. Wann die Forderung oder die Verbindlichkeit fällig werden wissen wir nicht. Allerdings ist die Forderung ein potenzieller Zahlungseingang und daher Teil des Vermögens, während die Verbindlichkeit zu einer Auszahlung führt und damit unser Vermögen schmälert. Das Nettovermögen ist dann die Differenz zwischen Forderungen und Verbindlichkeiten. Hier umfasst es € 300. Es ist buchhaltungstechnisch notwendig, um beide Seiten der Bilanz auszugleichen. Das Nettovermögen ist also keine Verbindlichkeit im üblichen Sinne, sondern drückt einen Überschuss der Forderungen über die restlichen Verbindlichkeiten aus. In der obigen Bilanz ist lediglich Finanzvermögen erfasst. Es gibt aber auch Realvermögen wie Immobilien, Maschinen und Autos.

Wie allerdings entsteht denn jetzt eigentlich das Geld in den Banken? Das Geld auf dem Girokonto wird durch die Kreditschöpfung erzeugt. Ursächlich ist hierbei ein Kreditvertrag zwischen einer Bank und einem Unternehmen oder einem Haushalt. Wie der Begriff der Kreditschöpfung schon andeutet, wird hierbei ein Guthaben in Form von Einlagen für den Kreditnehmer geschöpft. Ein Kreditvertrag ist ein Austausch von Zahlungsverprechen. Die Kreditnehmerin verspricht, in der Zukunft einen bestimmten Betrag an die Bank zu zahlen. Die Bank verspricht, Zahlungen im Wert des Kreditvertrags für die Kreditnehmerin durchzuführen. Letztlich kauft die Bank der Kreditnehmerin ihr Zahlungsverprechen mit ihrem eigenen Zahlungsverprechen (dem der Bank) ab.

Aufgrund des Schuldverhältnisses des Kreditvertrags entstehen also Einlagen für die Kreditnehmerin, die sich aber gleichzeitig zur Tilgung ihrer Kreditschuld in der Zukunft verpflichtet. Ein Kreditvertrag hat immer eine

Laufzeit und wird seitens der Bank als Forderung verbucht. Schließlich erwartet die Bank bei Fälligkeit eine Zahlung von der Kreditnehmerin. Die Bilanzen von Bank und dem kreditnehmenden Unternehmen sehen nach der Kreditvergabe so aus (auf andere Einträge wird vorerst aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet):

BANK	
Kredit	€ 200
Einlagen	€ 200
UNTERNEHMEN	
Einlagen	€ 200
Kredit	€ 200

Durch den Kreditvertrag ist ein Schuldverhältnis zwischen Bank und Unternehmen entstanden, und wie wir sehen können, ist es ein gegenseitiges Schuldverhältnis. Die Bank verpflichtet sich, € 200 an Einlagen zur Verfügung zu stellen und das Unternehmen verpflichtet sich, € 200 plus Zins in der Zukunft zurückzuzahlen. Da die Rückzahlung in der Zukunft liegt ist sie mit Unsicherheit behaftet. Die Einlagen in den Banken und damit ein Großteil dessen, was wir gewöhnlich als Geld bezeichnen und auch nutzen, wird also durch Schuldverhältnisse erzeugt. Neben der Kreditschöpfung gibt es aber noch weitere institutionelle Mechanismen, durch die Giralgeld geschaffen werden kann. So kann beispielsweise der Staat durch seine Ausgaben für zusätzliche Einlagen in den Banken sorgen.

Anders interpretiert

Während die Sichtweise der *MMT* auf die Geldschöpfung der Banken inzwischen auch von der Bundesbank so gesehen wird, besteht die wirkliche Neuerung in der Sicht auf die fiskalischen Prozesse. Hier erzeugt die *MMT* eine kopernikanische Wende. Staatsausgaben, Steuern, Zinsen, Inflation, Arbeitslosigkeit – all diese kannten wir schon. *MMT* interpretiert jedoch diese Variablen ganz anders als die bisher herrschenden Meinung. Knackpunkt ist die Sequenz. Nach *MMT* gibt es nur staatliches Geld, welches der Staat erst in Umlauf bringen muss, bevor Steuerzahler*innen ihre Überweisungen an den Staat tätigen und Staatsanleihen verkauft werden können. Weder Steuern noch Staatsanleihen können den Staat finanzieren. Dieser ist Schöpfer des Geldes und bringt bei seinen Aus-

gaben immer neues Geld in den Geldkreislauf. Damit ist Margaret Thatcher widerlegt. Sie behauptet, dass es kein „öffentliches Geld“ gäbe, sondern nur „taxpayer’s money“. Dies ist sachlich falsch.

Wenn die deutsche Bundesregierung Geld ausgibt, dann erhöht die Bundesbank in ihrem Auftrag die Konten der Banken der Zahlungsempfänger*innen. Diese erhöhen dann die Konten der Unternehmen und Haushalte, die das Geld empfangen. Die Bundesbank belastet gleichzeitig das Zentralkonto des Bundes, welches das Bundesministerium der Finanzen führt. Dieses wird also am Ende des Tages negativ sein. Damit die Bundesbank am nächsten Morgen wieder Zahlungen für die Bundesregierung tätigt, muss das Konto ausgeglichen werden. Dazu kann die Bundesregierung sich Steuerzahlungen anrechnen lassen oder Erlöse aus dem Verkauf von Staatsanleihen. Da der Staat keine Zahlungen an sich selbst leisten kann, handelt es sich bei den (negativen) Guthaben der Bundesregierung bei der Bundesbank nicht um Geld oder Schulden. Es ist eher ein Punktstand, definitiv kein Schuldverhältnis. Die Bundesbank schuldet der Bundesregierung kein Geld, denn das Konto hat keine Fälligkeit oder sonstige Frist.

Wenn die Bundesregierung Geld ausgibt, kann das nur dadurch passieren, dass die Bundesbank Konten der Geschäftsbanken bei ihr erhöht. Eine „Finanzierung“ aus Steuern oder Staatsanleihen gibt es schlichtweg nicht. Das bedeutet, dass die Frage, ob die Bundesregierung Zahlungen tätigen kann, nur von den aktuellen Regeln des Geldsystems abhängt. Momentan muss die Bundesregierung ihr Konto auf null bringen, damit die Ampel wieder auf grün geschaltet wird. Steuereinnahmen können krisenbedingt ausbleiben, also ist die alles entscheidende Frage die, ob sie ihre Staatsanleihen verkaufen können.

Die Bundesregierung nutzt dabei die Bundesfinanzagentur in Frankfurt am Main, die dem Bundesfinanzministerium gehört. Diese verkauft Staatsanleihen nur an Banken, und zwar an die Bietergruppe Bundesemissionen, der aktuell 33 Banken angehören, die in Deutschland beheimatet sind. Die-

ser Bietergruppe gehören nur Banken an, die eine Mindestmenge an Staatsanleihen kaufen. Dabei sorgt der Staat mit seinen Regeln dafür, dass es immer eine Nachfrage nach seinen Staatsanleihen gibt. An dieser Stelle können wir auch festhalten, dass eine „Staatsfinanzierung“, sofern man diesen Begriff überhaupt verwenden mag, durch den Verkauf von Staatsanleihen an Haushalte und Unternehmen nicht möglich ist. Kaufen diese Staatsanleihen, dann fließt das Geld an die Banken, welche ihnen die Staatsanleihen verkaufen. Die Bundesregierung sieht davon keinen Euro.

Die Idee, dass die Akzeptanz nicht auf dem Edelmetallgehalt einer Währung basiert, sondern auf der Geldverfassung (der Charta), geht zurück auf den Chartalismus. Dieser wurde von Georg Friedrich Knapp in seiner Staatlichen Theorie des Geldes von 1905 entwickelt. John Maynard Keynes lies das Buch ins Englische übersetzen und schrieb in seinem nächsten großen Werk „Vom Gelde“ gleich am Anfang:

„Der Staat tritt demnach in erster Linie als die gesetzliche Gewalt auf, die die Zahlung des Gegenstands erzwingt, der dem Namen oder der Beschreibung im Kontrakt entspricht. Er tritt aber mit einer doppelten Kompetenz auf, wenn er außerdem das Recht in Anspruch nimmt, zu entscheiden und zu erklären, welcher Gegenstand dem Namen entspricht und seine Erklärung von Zeit zu Zeit zu ändern, das heißt, wenn er das Recht in Anspruch nimmt, den Sprachgebrauch zu ändern. Dieses Recht wird von allen modernen Staaten in Anspruch genommen und ist zum mindesten während der letzten viertausend Jahre in Anspruch genommen worden. In diesem Stadium der Entwicklungsgeschichte des Geldes ist Knapps Chartalismus, die Lehre, daß das Geld vornehmlich eine Schöpfung des Staates ist, völlig verwirklicht“ (Keynes 1931: 4).

Der Staat, vertreten durch die Bundesregierung, nutzt sein Geld dazu, Ressourcen aus dem privaten Sektor zu kaufen, um diese für seine staatlichen Aktivitäten mit Blick auf das Gemeinwohl einzusetzen. So kann er Grundschulen, Infrastruktur, das Sozialsystem und andere Dienstleistungen und Güter anbieten, welche keine Aussicht auf Gewinn haben. Dies unterscheidet

den Staat vom privaten Sektor, wo Unternehmen nur dann dauerhaft existieren können, wenn sie Gewinne erwirtschaften. Ob dabei das Gemeinwohl erhöht wird oder nicht ist eine Frage, die nicht allgemein beantwortet werden kann. Selbst Adam Smith war nicht der Meinung, dass alle privaten Profite wie von „unsichtbarer Hand“ geleitet gleichzeitig das Gemeinwohl erhöhen.

Die Rolle der Preise



Die Bürger*innen können modernes Geld (bei uns: den Euro) als Steuergutschrift verstehen, denn der Staat verspricht, sein eigenes Geld für Zahlungen an den Staat zurückzunehmen. Steuern und Abgaben sind die Form, die dies üblicherweise für uns annimmt. Steuerverbindlichkeiten sichern also die Akzeptanz des Geldes und sorgen dafür, dass immer eine Nachfrage danach besteht. Daher nutzen wir in der Eurozone den Euro, auch wenn es uns freisteht, sämtliche Euros sofort in Dollars umzutauschen. Es wäre halt sehr unpraktisch. Die Kaufkraft des Geldes ergibt sich über die jeweiligen Preise, sie wird nicht durch den Staat festgelegt. Allerdings hat er einen großen Einfluss auf das Preisniveau und damit die Inflationsrate. Schließlich legt der Staat sehr viele Preise selbst fest, u. a. Im ÖPNV, in Schwimmbädern, der Bahn, für das Studium, einige Mieten, den Mindestlohn und nicht zuletzt die Löhne der staatlich Bediensteten. Da ihm das Geld nicht ausgehen kann, ist die Höhe der Preise keine Frage der „Finanzierung“.

Im privaten Sektor sieht das anders aus. Hier müssen Unternehmen, die höhere Löhne zahlen, auch entsprechende Gewinne erzielen, denn sonst können sie es nicht durchhalten. Wenn aber höhere Löhne über höhere Preise abgewälzt werden, dann steigen die Preise und damit wohl auch die Steuerzahlungen an den Staat. Dies kann dazu führen, dass die Steuerzahlungen die Staatsausgaben übersteigen. So zieht der Staat dann jedes Jahr Kaufkraft ab, die private Ersparnis sinkt. Am Ende kann dabei eine Rezession stehen, da die Konsument*innen ihren Konsum unter diesen Bedingungen nicht durchhalten können. Irgendwann schrumpft ihr Geldvermögen so sehr, dass sie sich gezwungen sehen, ihren Konsum zu reduzieren. Dieser Ef-

fekt war auch beim Konjunkturzyklus 2010 – 2019 zu sehen, der auch ohne einen bremsenden Eingriff der Wirtschaftspolitik zu Ende ging.

MMT befördert die Lösung aktueller Probleme

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen erscheint es seltsam, dass dem Staat politische Regeln auferlegt werden, die seine Ausgaben politisch (nicht: technisch) beschränken. Sowohl der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der seinem Namen nicht gerecht wird, mit der Defizitgrenze bei drei Prozent wie auch die Schuldenbremsen, die ebenfalls ihrem Namen nicht gerecht werden, reduzieren den politischen Spielraum. Unklar ist, ob das mit dem Grundgesetz überhaupt vereinbar ist, denn nach §20 GG ist Deutschland ein demokratisches Land. Wenn aber die Regierung ihre Ausgaben anpassen muss an Vorgaben, die in Grundgesetz oder Länderverfassung stehen, dann haben wir ein demokratietheoretisches Problem. Aufgabe einer demokratisch gewählten Regierung ist die Umsetzung des Wähler*innenwillens. Diese Aufgabe sollte Vorrang haben vor einer Begrenzung des politischen Spielraums, welches die Schuldenbremse bspw. der Bundesregierung auferlegt. Auch die Defizitgrenzen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind aus gleichem Grund kritisch zu sehen.

Wer die *Modern Monetary Theory* verstanden hat, kann darauf basierend die Ist-Situation analysieren und dann Lösungen für gesellschaftliche Probleme entwickeln. Der Nullzins der EZB bspw. ist ein Politikinstrument, ebenso wie der negative Zins auf Einlagen bei der EZB und den an sie angeschlossenen nationalen Zentralbanken. Zudem kann der Staat Boden anders verwalten als das jetzt der Fall ist, ggf. müssen jedoch einige politische Regeln dafür angepasst werden. Die Stadt Wien zeigt seit Jahrzehnten, wie sich der Anspruch auf bezahlbaren Wohnraum alternativ zur übermäßigen Benutzung von Märkten durchsetzen lässt. Dabei wird deutlich, dass der Staat nicht immer fern von den Bürger*innen und zentralistisch tätig werden muss. Geld kann auch so geschaffen und zugeteilt werden, dass staatliche Institutionen dezentral und in vielfältigen Formen (wie z. B. genos-

senschaftlich) organisiert sein können. Dies ist insbesondere für einen Green New Deal relevant, der eine sozio-ökologische Transformation einleiten wird. Da nicht mehr viel Zeit bleibt, ist dies ein sehr wichtiger Punkt.

In den letzten Jahrzehnten wurde keynesianische Wirtschaftspolitik abgelöst durch *Quantitative Easing* und *Bail-out* der Banken und des Finanzsystems. Dabei wurden zur Finanzierung keine Steuererhöhungen durchgeführt – es gab weder neue Steuern noch wurden Steuersätze erhöht. Die Frage, wie wir die Transfers an Banken bezahlen sollten, kam nicht auf. Der Staat gab einfach mehr Geld aus, und danach wurde der falsche Rahmen des „Steuerzahlers“ genutzt, um den Menschen zu erklären, sie hätten die Banken gerettet oder Griechenland. Bei progressiven wirtschaftspolitischen Vorschlägen hingegen wird stets gefragt, wie wir das bezahlen können. Dieses Ungleichgewicht ist politischer Art. Während die Banken und die Finanzbranche *MMT* bereits verstanden hatte, bevor *MMT* entwickelt wurde, akzeptiert die arbeitende Bevölkerung den Mythos des Steuerzahlers und glaubt, dass staatliche Ausgaben „finanziert“ werden wollen – was bedeutet, dass jeder Euro an zusätzlichen Ausgaben zu einem Euro an zusätzlichen Steuern führt – und Steuererhöhungen wollen die Leute nicht. Die *MMT* entlarvt diesen Taschenspielertrick und ermöglicht damit neue wirtschaftspolitische Spielräume. Höhere Ausgaben führen in der Folge nur dort zu höheren Steuerzahlungen, wo höhere Einkommen erwirtschaftet werden.

Insofern kann die Wirtschaftspolitik sich wieder auf ihre ursprünglichen Ziele konzentrieren, die da wären Vollbeschäftigung und Preisstabilität, ergänzt um eine nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung. Statt an vermeintlichen fiskalischen Defiziten rücken dann gesellschaftliche Defizite in den Vordergrund: die Bekämpfung von Armut und Überschuldung, von Lohnunterschieden bei Männern und Frauen, die Herstellung gleicher Chancen für alle, die nachhaltige Nutzung der Natur, generell die Entwicklung von politischen Maßnahmen, die das Gemeinwohl erhöhen. *MMT* ist eine Linse, die den Blick auf diese Probleme scharf stellt.

Geld ist dabei ein Mittel, um Ressourcen einzusetzen. Wenn der Staat Probleme sieht, z. B. zu geringe Löhne in der Pflege und daraus resultierend zu wenige Arbeitskräfte bei vielen offenen Stellen, dann lassen sich einige dieser Probleme durchaus relativ einfach mit Geld lösen. Der Staat greift dabei dann direkt in die Gesellschaft ein. Dies erfordert ein Umdenken, was die Rolle des Staats anbelangt. In den letzten Jahrzehnten sollte der Staat nur eingreifen, um die Spielanordnung so zu gestalten, dass Unternehmen unter gleichen Bedingungen im Wettbewerb stehen. Die Idee war die, dass die staatliche Regulierung (Ordnungspolitik) ausreicht, um Profite und Gemeinwohl zusammenfallen zu lassen. Augenscheinlich ist diese Idee in der Praxis gescheitert. Die Banken erzeugten basierend auf Betrug und getrieben von Gier einen riesigen Finanzcrash, an dessen Folgen wir immer noch laborieren. Die Idee, dass Banken sich selbst regulieren würden, weil sie ein Interesse am Fortbestand hätten, scheiterte grandios. Die Banker sorgten für volle Taschen und das Schicksal ihrer Bank war ihnen gleichgültig.

Versagen des privaten Sektors

Im Wesentlichen versagt der private Sektor zusammen mit der Politik in vier Feldern. Erstens ist er nicht in der Lage, eine vernünftige Regulierung der Finanzmärkte und Banken aufzubauen. Der Grund ist wohl das Geld, welches in Lobbyismus fließt und die Parteien davon abhält, ernsthafte Reformen durchzuführen. Joe Biden's Kandidatin Saule Omarova soll nun die Banken in den USA überwachen, wogegen die *Wall Street* Sturm läuft. Es bleibt abzuwarten, was für eine Politik dann betrieben wird. Das zweite Feld des Versagens ist die Unfähigkeit, für echte Vollbeschäftigung zu sorgen. Die Unternehmen sehen Löhne immer als Kosten und das wird immer so sein. Dies erzeugt Lohndruck in einem politischen System, in dem Arbeitnehmer*innen nur schwach repräsentiert werden. Der dritte Punkt, der damit zusammenhängt, ist eine ungerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen. Der Staat kann selbst Arbeitsplätze schaffen, die gut bezahlt und sicher sind. Er kann die Arbeit demokratisieren und damit die Machtverteilung zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgebern verändern. Der vier-

te Punkt ist der Klimawandel und alles, was mit Nachhaltigkeit zu tun hat. Diejenigen, deren Profite durch neue Regulierung verhindert werden würden, sorgen durch Lobbyarbeit dafür, dass dies nicht geschieht.

Wer das Geldsystem verstanden hat, der versteht auch, wie Lösungen für diese Probleme aussehen können. Vollbeschäftigung beispielsweise lässt sich erzeugen, indem der Staat seine Ausgaben an der Beschäftigung ausrichtet. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit gibt er mehr Geld aus und weniger in Zeiten von Vollbeschäftigung. Da er nicht allwissend ist, kann dazu noch eine Jobgarantie eingeführt werden. So können die, die arbeiten wollen und können, einen gemeinnützigen Job beim Staat bekommen. Dieser wird anständig bezahlt und sorgt dadurch dafür, dass die „Bullshit Jobs“ (David Graeber) nicht mehr angenommen werden müssen. Die Unternehmen profitieren davon, dass mehr Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Sie stellen lieber neue Arbeitskräfte an, die aus einer Beschäftigung kommen anstatt aus Arbeitslosigkeit. Die Jobgarantie sorgt also dafür, dass wirklich niemand ungewollt arbeitslos ist. Nur so kann echte Vollbeschäftigung erreicht werden.

Preisstabilität hängt im Wesentlichen von der Lohnentwicklung ab, wobei aber auch andere Gründe existieren. Aktuell steigen die Preise, weil Energiepreise teurer werden und auf der Angebotsseite die Produktion noch etwas hakt. Sobald diese Probleme überwunden sind, werden die Inflationsraten wieder auf ihr ursprüngliches Niveau zurückkehren. Andere Preise durchlaufen eine Inflation, weil Märkte von monopolistischen oder oligopolistischen Strukturen geprägt sind. So steigen in den USA die Preise für Medizin und Bildung seit Jahr-

zehnten überdurchschnittlich an, weil die Nachfrage nach den führenden Medikamenten und Ivy League Universities ungebrochen und relativ preisunelastisch ist. Sind Löhne ein Preistreiber, weil es z. B. an IT-Spezialisten mangelt, dann sollten mehr IT-Spezialisten ausgebildet werden. Schließlich sind Preissteigerung zumindest teilweise tatsächlich auch Anzeiger von Knappheit.

Basierend auf der MMT lassen sich also neue wirtschaftspolitische Lösungen entwickeln, um gesellschaftliche Defizite zu beheben. Dabei kann die Bundesregierung alles das kaufen, was die Bürger*innen ihr für Euro verkaufen. Darin liegt letztlich die Grenze der Staatsausgaben. Sofern die Bundesregierung keine höheren Preise bezahlt, ist eine Gefährdung der Preisstabilität nicht zu erwarten. Eine Zahlungsunfähigkeit der Bundesregierung ist nicht zu erwarten. Diese hängt lediglich davon ab, ob diese ihre Staatsanleihen verkaufen kann. Die EZB mit ihrem Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) sorgt aktuell dafür, dass die Regierungen Anleihen in nahezu unbegrenztem Ausmaß verkaufen können. Zudem ist Deutschland in der Eurozone „too big to fail“ – die EZB wird sicher wohl immer hinter die Bundesregierung stellen, um Liquidität und Solvenz sicherzustellen. Wenn eine solche Lösung permanent eingerichtet werden kann, vielleicht als *European Solidarity Mechanism*, dann kostet uns das keinen Euro. Spekulation mit Euro-Staatsanleihen kann so permanent verhindert werden. Zusätzlich kann die Europäische Investitionsbank für einen *Green New Deal* angezapft werden, um so Hunderte von Milliarden Euro für den sozial-ökologischen Umbau zu erzeugen. Wer gerne mehr Europa hätte, könnte das Geld auch über ein *Euro Treasury* zur Verfügung stellen, welches Eurobonds emittiert.

Ein derartiger Umbau der staatlichen Institutionen würde allerdings ein Umdenken erfordern. Das „macroeconomic mindset“ der meisten Akteure in der Eurozone steht noch auf „Austerität“. Es bedarf der Aufklärung sowie zivilgesellschaftlicher und politischer Initiativen, um die Bürger*innen über die Möglichkeiten und nicht nur die Gefahren der Geldschöpfung aufzuklären. Auf Basis der jetzigen Theorien, so viel erscheint mehr als zehn Jahre nach der großen Finanzkrise von 2008/09 sicher, lassen sich keine Lösungen finden.

Zum Autor

Dr. rer. pol. Dirk Ehnts



Der Ökonom lebt mit seiner Familie in Berlin. Sein Buch zur MMT ist im September 2020 in der 4. Auflage mit dem Titel: „Geld und Kredit: Eine €-päische Perspektive“ erschienen. Die englischsprachige Übersetzung von 2016 erschien bei Routledge unter dem Titel „Modern Monetary Theory and European Macroeconomics“. Aktuell lehrt er an der Hochschule Magdeburg Stendal.

<https://www.dirk-ehnts.de/>

Veranstaltungshinweis:

Dirk Ehnts wird als Lehrender am Summer Seminar am Levy Institute vom 11. bis 18. Juni 2022 in Annandale-on-Hudson, New York teilnehmen. Für Student*innen ist das normalerweise gratis.

<https://www.levyinstitute.org/news/summer-seminar-2022>

Dort treffen sich viele progressive, junge Studierende aus Europa und der restlichen Welt.



Dirk Ehnts: „Geld und Kredit: eine €-päische Perspektive“ In dieser Veröffentlichung werden Geld und Kredit mithilfe einer bilanziellen Betrachtung erklärt. Die vereinfachten Bilanzen, welche Forderungen und Verbindlichkeiten abbilden, werden für die wichtigsten Akteure erklärt. Wie schöpft eine Zentralbank Geld? Wie vergibt eine Geschäftsbank einen Kredit, und braucht sie dazu vorher eine Ersparnis? Wie gibt der Staat eine Staatsanleihe, wo hat er sein Konto und was bedeutet das für die T-Konten der anderen Akteure? Die gewählte Methodologie ermöglicht ein Verständnis der wesentlichen bilanziellen Zusammenhänge einer Volkswirtschaft und bietet dadurch eine alternative Sicht auf die €-päischen Themen. So folgt auf die Vorstellung der modernen Geldtheorie ein kurzes makroökonomisches Modell, welches auf den geldtheoretischen Erkenntnissen beruht. Dieses wird in der Folge auf die Eurozone angewandt. Durch die Analyse wird deutlich, dass die Probleme mit der Staatsverschuldung nicht der Auslöser, sondern eine Folge der aktuellen Krise sind.

Taschenbuch, 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage 2020; erschienen am 21. 09. 2020; Metropolis-Verlag, Marburg; ISBN 978-3-7316-1433-3; Preis 19,80 € https://hwlink.de/Ehnts_GuK